

Umwelt und Wirtschaft –

Betrieblicher Umweltschutz und staatliche Marktüberwachung

Wenn man die wirtschaftspolitische Diskussion verfolgt, scheint der längst überwunden geglaubte Gegensatz von **Ökonomie und Ökologie** plötzlich wieder aufzuleben. Auch in den Unternehmen wird angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks Umweltschutz vielfach als zusätzlicher Kostentreiber gesehen. Ich selbst halte nichts von diesem Gegensatz. Ich halte ihn schlichtweg für falsch. Denn es gibt überzeugende Argumente, die belegen, dass sich umweltfreundliches Wirtschaften und finanzieller Erfolg nicht ausschließen, sondern vielmehr gegenseitig bedingen.

Nur ein Beispiel möchte ich dazu anführen: Seit gut zwei Jahren läuft das Förderprogramm "ECO+" des Umweltministeriums Baden-Württemberg. Das Programm beinhaltet einen kostenlosen Umwelt-Check für Betriebe. Den teilnehmenden Unternehmen wird gezeigt, welche Möglichkeiten sie haben, durch relativ einfache Maßnahmen im Umweltschutz die Betriebskosten zu senken. Bislang lief das Programm mit großem Erfolg in Freiburg und Ulm. Insgesamt wurden 140 Betriebe beraten. Dabei deckten die Berater Kostensenkungspotenziale durch Umweltschutzmaßnahmen von über einer Million Euro jährlich auf. Ich halte das ans Licht geförderte Kostensenkungspotenzial bei den Betrieben für außerordentlich beachtlich. Die Ergebnisse unterstreichen einmal mehr, dass Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Immer mehr Umweltbelastungen gehen direkt von Produkten aus. Die Umwelteigenschaften von Produkten zu verbessern, d.h. ihre Energie- und Ressourceneffizienz sowie ihre Recyclingfähigkeit zu steigern, ist deshalb ein wichtiges umweltpolitisches Thema. Die EU-Kommission hat unter dem Namen "**Integrierte Produktpolitik (IPP)**" eine Gesamtstrategie zur ökologischen Produktgestaltung entwickelt. Baden-Württemberg hat sich frühzeitig mit dem Thema der Integrierten Produktpolitik auseinandergesetzt und die Unternehmen im Land über Pilotprojekte, Leitfäden und gemeinsame Veranstaltungen mit Kammern und Verbänden vorbereitet. Gerade für die innovationsorientierte baden-württembergische Wirtschaft sehen wir den IPP-Ansatz als Chance für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Ich werde die Entwicklungen auf diesem Gebiet deshalb weiterhin intensiv unterstützen.

Für den Verbraucher spielt neben der Produktökologie ein weiterer Aspekt eine fast noch wichtigere Rolle: die **Produktsicherheit**. Der staatlichen Marktüberwachung kommt daher die wichtige Aufgabe zu, die Verbraucher vor gesundheitsgefährdenden Produkten zu schützen. Die Gesundheitsgefahren können von der stofflichen oder sonstigen Beschaffenheit der Produkte ausgehen oder durch den Umgang mit Produkten bedingt sein.

In einer globalisierten Wirtschaft gewinnt die Marktüberwachung immer stärker an Bedeutung. So weisen besonders Importe aus Billiglohn- und industriellen Schwellenländern überproportional häufig schwerwiegende Sicherheitsmängel auf. Die Produktmängel sind nicht nur eine Gefahr für Leib und Leben der Verbraucher. Vielmehr drohen auch Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten heimischer Hersteller, die mit dem entsprechenden technischen Aufwand sichere Produkte herstellen. Da der Vertrieb der Produkte zunehmend weltweit erfolgt, ist der schnelle grenzüberschreitende Informationsaustausch der Marktüberwachungsbehörden in Europa von entscheidender Bedeutung für den Schutz der Verbraucher und die Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen im europäischen Binnenmarkt. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat deshalb in Zusammenarbeit mit anderen Europäischen Mitgliedsstaaten und finanzieller Unterstützung durch die Europäische Kommission die Initiative ergriffen und ein internetgeschütztes Informationssystem für die Marktüberwachung geschaffen, über die die angeschlossenen Behörden in den Ländern und in anderen Mitgliedsstaaten ihre Erkenntnisse über gefährliche Produkte austauschen können.